

Resolution des Deutschen Naturschutzrings für ein weltoffenes Europa: Wir lassen Populisten nicht die Atmosphäre und das Klima vergiften

Die Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände im Deutschen Naturschutzring (DNR) betrachten mit großer Sorge, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen das Thema Flucht und Migration derzeit dazu nutzen, Feindseligkeit zu schüren und unsere freiheitlich-demokratische Ordnung in Frage zu stellen. Die Aufnahme und Integration von Geflüchteten sind verbunden mit großen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen. Tausende von Bürger*innen, Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen leisten Beeindruckendes. Dieses Engagement steht für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein Zeichen für die Solidarität und Stabilität der deutschen Zivilgesellschaft. Viele Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen bemühen sich bereits aktiv um die Integration der Geflüchteten in ihre Arbeit.

Gleichzeitig ist die öffentliche Debatte zunehmend durch die rechtspopulistische Rhetorik und einem insgesamt rauer werdenden Tonfall gegenüber Geflüchteten geprägt. Wir erleben, wie Fakten nicht nur in Migrationsfragen, sondern auch im Umwelt- und Klimaschutz in bestimmten Milieus kaum noch eine Rolle spielen: Klimaschutz sei ein "Irrweg", den es zu beenden gelte, befindet die AfD in ihrem Grundsatzzprogramm. Dem französischen Front National gilt das Klimaabkommen als kommunistisches Projekt. Und Donald Trump hält den Klimawandel für eine chinesische Erfindung.

Deswegen stellen die im DNR versammelten Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände fest: Wir stehen für ein nachhaltiges, weltoffenes, tolerantes Deutschland, das Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit deutlich entgegentritt. Wer in seiner Heimat aufgrund von Krieg und Verfolgung um Leib und Leben fürchten muss, hat Anspruch auf Schutz in Europa. Neben der Bewältigung der Fluchtfolgen muss jedoch auch die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Fokus rücken: Nur ein engagiertes Bremsen des Klimawandels wird einen Beitrag leisten, um Hunger und Dürren zu vermindern. Wir setzen uns aktiv für eine gerechte Verteilung der Ressourcen ein. Dies ist auch ein Grund, warum wir Freihandelsabkommen wie TTIP, Ceta und Co. kritisieren: Sie sind dazu geschaffen, Wohlstand gezielt an den heute schon armen Regionen vorbei zu leiten. Mit diesen Abkommen würde sich die Wirtschaftssituation der dort lebenden Menschen weiter verschlechtern und den Migrationsdruck erhöhen.

Wir erleben, wie sich – nicht nur – in Deutschland eine zunehmende Verunsicherung verbreitet. Die auf kontinuierlichem Wachstum beruhende Politik, die eine immer ungerechtere Verteilung von Vermögen auch innerhalb Deutschlands hinnimmt, scheint an ihre Grenzen zu geraten: Kommunale Infrastrukturen, soziale Sicherungssysteme und eine öffentliche Grundversorgung können zusehends nicht mehr finanziert werden. Gleichzeitig wird sich Deutschland in den nächsten Jahrzehnten verändern müssen, um seinen internationalen Verpflichtungen im Klimaschutz, der Bekämpfung des Artensterbens und einem Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen gerecht zu werden. Diese Veränderungen dürfen die Ängste nicht verstärken, sondern müssen Teil der Lösung sein. Denn eine intakte Umwelt und eine lebenswerte Gesellschaft besitzen eine große Bedeutung für ein zukunftsfähiges und demokratisches Land.

Der DNR ruft alle im Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagierten Menschen auf, den Rechtspopulisten nicht auf den Leim zu gehen und sich weiter für ein nachhaltiges und menschenfreundliches Deutschland in Europa einzusetzen. Wir sind überzeugt, dass die Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele, eine gerechte Klimapolitik und eine gerechte Wirtschaftspolitik eine stabile, zukunftsfähige Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen können.